

ÖSTERREICH

ERFOLGSSTORY ÖSTERREICH – FORTSCHREIBUNG INS 21. JAHRHUNDERT

Hannes ANDROSCH, Wien*

Summary

Austria. A successful development and its pursuit in the 21st century

Compared to the First Republic, the development of the Second Republic turned out to be a story of success and Austria experienced economic prosperity, social changes and a degree of welfare hitherto unknown. This was sparked off by the benefits from the Marshall Plan, backed by the balancing of opposing interests in the system of social partnership and the European integration process, and carried on in particular through the vision and determination of individual political personalities. Austria also managed to overcome the effects of the two oil price shocks and the resulting worldwide recession better than most other industrialized countries. However, Austria will only succeed in mastering the challenges of the 21st century, and in particular also the deepest economic crisis since 1929, if the country launches an effective stimulus package and links its implementation with massive investments and sustained modernization in fields such as infrastructure, education, science, and research.

Zusammenfassung

Im Gegensatz zur Ersten Republik wurde die Geschichte der Zweiten Republik eine Erfolgsstory. Österreich erlebte einen wirtschaftlichen Aufstieg, gesellschaftliche Veränderungen und Wohlstand in nie zuvor gekanntem Ausmaß. Diese Entwicklung gründete neben der Marshallplanhilfe, dem Modell des Interessenausgleichs durch die Sozialpartnerschaft und der europäischen Integration auch ganz wesentlich auf die Weitsicht und Entschlossenheit einzelner politischer Persönlichkeiten. Österreich gelang es auch, die Folgen der beiden Erdölpreisschocks und die damit einhergehende weltweite Rezession besser zu bewältigen als die meisten anderen Industrieländer. Den Herausforderungen des 21. Jh., vor allem auch die Bewältigung der schwersten Wirt-

* Dr. Hannes ANDROSCH, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, A-1010 Wien, Opernring 1/R/3; e-mail: office@aic.co.at, <http://www.androsch.com>

schaftskrise seit 1929 wird Österreich nur dann erfolgreich bewerkstelligen können, wenn es ein umfassendes Konjunkturpaket schnürt und dessen Umsetzung mit einem Modernisierungs- und Investitionsschub in Infrastruktur, Bildung sowie Wissenschaft und Forschung verbindet.

1856, das Geburtsjahr der k.k. Geographischen Gesellschaft in Wien, fiel in eine Zeit bedeutender weltpolitischer Weichenstellungen: In Indien fand das Mogulreich mit der Niederschlagung des Sepoy-Aufstandes und der Gründung der Kronkolonie Britisch-Indien ein formales Ende, gleichzeitig erreichte der europäische Imperialismus mit dem Ausbau seiner Vormachtstellung in China einen Höhepunkt. In den USA wiederum hatte die Sklavenfrage das Land entzweit, was schließlich in den Sezessionskrieg mündete. Nach dessen Ende setzte der industrielle Aufstieg ein, der die USA bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges zur führenden Wirtschaftsnation der Welt werden ließ.

In Europa brachte der Krimkrieg weit reichende Konsequenzen für die politische Neuordnung Europas mit sich. Diese ging mit dem Bedeutungsverlust Russlands und dem einstweiligen Machterhalt des Osmanischen Reiches einher. Das neue Kräfteparallelogramm in Europa ermöglichte auch das Risorgimento, den nationalen Einigungsprozess und die Gründung des Königreichs Italien im Jahr 1861. Zehn Jahre danach wurde auch Deutschland mit der Gründung des Deutschen Kaiserreichs zum Nationalstaat.

Zehn Jahre vor der Gründung der k.k. Geographischen Gesellschaft in Wien war FRANZ JOSEPH nach der Niederschlagung der 1848er-Revolution zum Kaiser des Habsburgerreiches gekrönt worden. Seine Regentschaft, die 68 Jahre lang währte, verkörperte den Niedergang der 640-jährigen Herrschaft der Habsburger und des „Hauses Österreich“.

Nach Gründung des Deutschen Reiches 1871 war der Österreichische Kaiserstaat flächenmäßig das zweitgrößte und hinsichtlich der Bevölkerung das drittgrößte Land Europas. Von dem einstmals so mächtigen und riesigen Reich der Donaumonarchie – sie reichte von Mailand bis Czernowitz, von Krakau bis Triest, von Zagreb bis Bregenz, von Regensburg bis Sirmium – war nach dem Ersten Weltkrieg nur noch der Rumpf zurückgeblieben, der vom französischen Premierminister Georges CLÉMENTEAU so verächtlich als „L'Autriche, c'est ce qui reste“ bezeichnet worden war. Dieser Rest war ein Binnenland, das sich auf knapp 84.000 km² vom Bodensee bis zum Neusiedlersee und von den Karawanken bis zum Karwendel erstreckt. Bestimmender Fluss des Landes ist die Donau. Der mit 2.800 Kilometern zweitlängste Fluss Europas durchzieht Österreich als einen der zehn Anrainerstaaten auf einer Länge von 320 Kilometern.

Von den 15 Binnenstaaten Europas ist die Republik Österreich der viertgrößte. Von 8,3 Mio. Einwohnern leben rund 1,7 Mio., also ein Fünftel, in der Bundeshauptstadt Wien. In den Landeshauptstädten leben rund 900.000 Menschen, also knapp 10%. Von den 3.357 Gemeinden in Österreich haben 1.487 weniger als 2.000 Einwohner. Doch so kleinräumig unser Land auch ist, so vielfältig sind seine geographischen und landschaftlichen Besonderheiten: Dichter Wald, steil aufragende Alpen, das Böhmisches Massiv sowie die Pannonische Tiefebene bilden jene so verschiedenartigen Kleinregionen, die die landschaftliche Vielfalt und die Schönheit Österreichs ausmachen.

Der Ersten Republik aber war kein langes Leben beschieden: Es war ein „Staat, den keiner wollte“ – wie Hellmut ANDICS formuliert hatte – und dessen Zukunftschancen allgemein bezweifelt wurden. Das Land hatte einen „Reduktionsschock“ (Norbert LESER) erlitten, und seine Zukunftschancen wurden allgemein bezweifelt. Die politische und wirtschaftliche Desintegration des Donau-, Alpen- und Karpatenraums stellte ein überaus schwieriges Erbe für Österreich dar. Denn durch die Zerschlagung der bisher so eng verflochtenen wirtschaftlichen Strukturen der Monarchie waren die agrarischen Überschussgebiete verloren gegangen, und so war in der Nahrungsmittel-, aber auch in der Energieversorgung eine starke Abhängigkeit vom Ausland entstanden. Die Industrie war für den geschrumpften Binnenmarkt überdimensioniert, und die staatliche Verwaltung war aufgebläht. Allerdings wäre die Erste Republik trotz dieser so ungünstigen Ausgangsposition nicht zum Scheitern verurteilt gewesen. Was fehlte, war der Glaube an die eigene Überlebensfähigkeit und die Entschlossenheit, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen.

Die junge Republik litt unter steigender Inflation, Massenarbeitslosigkeit und hohen Auslandsschulden. Die Weltwirtschaftskrise traf Österreich im Jahr 1929 schließlich mit besonderer Wucht, war doch, gemessen am Bruttosozialprodukt, noch immer nicht das wirtschaftliche Niveau von 1913 erreicht. Dies sollte erst wieder in der zweiten Hälfte des 20. Jh. gelingen. Die österreichische Wirtschaftsleistung schrumpfte in Folge der Großen Depression kumuliert über die Jahre 1930 bis 1933 um rund 25%, davon allein im Jahr 1932 um minus 10%. Die Arbeitslosigkeit hatte 1933 ihren Höhepunkt erreicht: Von 1,6 Mio. unselbständig Beschäftigten waren fast 600.000 ohne Arbeit, von denen rund 40% als „Ausgesteuerte“ keinerlei staatliche Unterstützung mehr erhielten. Die tragischen Auswirkungen auf die Betroffenen veranschaulichten die Soziologen Marie JAHODA, Paul Felix LAZARSELD und Hans ZEISEL in ihrer berühmten Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“. Aber auch das Finanzsystem des Landes war in Turbulenzen geraten: Im Mai 1931 musste die *Creditanstalt* vorübergehend ihre Schalter schließen, im März 1936 brach dann die Versicherungsgesellschaft *Phönix* zusammen.

Die Inflationsbekämpfung war – angesichts der Hyperinflation in der unmittelbaren Nachkriegsperiode – nach der 1922 erfolgten Stabilisierung der Währung das zentrale wirtschaftspolitische Ziel. Da Budgetdefizite eine bedeutende Ursache der Hyperinflation gewesen waren, wurde ein ausgeglichenes Budget von allen politischen Parteien als notwendig erachtet.

Budgetpolitischer Attentismus war damals in allen Ländern weit verbreitet und stellte einen nicht unwesentlichen Faktor für die Intensität und Dauerhaftigkeit der weltweiten Großen Depression der dreißiger Jahre dar. Erst Jahre später – 1936 – zeigte John Maynard KEYNES in seiner „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ auf, warum das unbedingte Festhalten an einem ausgeglichenen Budget wirtschaftspolitisch falsch war.

Die politische Entwicklung der 1930er-Jahre muss vor allem auch vor dem Hintergrund des sozialen Elends gesehen werden. Nach dem Einmarsch von HITLER wurde umgehend der Devisen- und Goldschatz der Österreichischen Nationalbank im Wert von 2,7 Mrd. Schilling, der 18-mal größer war als jener Deutschlands, nach Berlin gebracht, wo damit neun Monate lang die deutsche Aufrüstung finanziert wurde. (In Österreich brachte unterdessen der bayerische Hilfszug Lebensmittel zur Verteilung.)

Das traurige Vorspiel zur völligen Auslöschung Österreichs durch den Einmarsch der Nationalsozialisten und die Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich vor nunmehr 70 Jahren stellt der Austrofascismus dar. Doch während über den „Anschluss“ Österreichs sowie über die Reichsprogromnacht historischer Konsens herrscht, sind die Ereignisse von 1933, als Engelbert DOLLFUSS das Parlament ausschaltete und mit Waffengewalt ein autoritäres Regime einführte, bis heute vielfach tabuisiert.

Nach beiden großen Kriegen in der ersten Hälfte des 20. Jh. war die Welt geordnet worden: 1918 bedeutete den Untergang des zaristischen Russland, des Osmanischen Reichs sowie des Reichs der Hohenzollern und der Donaumonarchie. 1945 stiegen die USA zur wirtschaftlichen und politischen Supermacht auf. Dieser stand das sowjetische Imperium als einziger weltpolitischer Machtfaktor gegenüber. Das vom Krieg zerstörte Europa hatte nach dem Verlust seiner Kolonialreiche – allen voran das mächtige britische Empire – nicht nur seine ehemalige Vormachtstellung in der Welt verloren, sondern war im Kalten Krieg auch noch in zwei Einflussphären geteilt worden.

Obwohl Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg eine zehnjährige Besatzungszeit hinnehmen musste und durch seine unmittelbare Nachbarschaft zum eisernen Vorhang strategisch enorm benachteiligt war, wurde die Zweite Republik zur Erfolgsstory. Daran hatte der amerikanische Marshallplan einen nicht unwesentlichen Anteil. Bis zum Auslaufen dieses gigantischen Aufbauprogramms, des „European Recovery Programs“ (ERP), flossen insgesamt 12,4 Mrd. Dollar nach Westeuropa. Nach heutigem Geldwert entspricht dies rund 100 Mrd. US-Dollar. Allein Österreich erhielt davon in den Jahren 1948 bis 1953 rund 1,1 Mrd. US-Dollar in Form von Hilfsgütern und Geldspenden. Noch viel wichtiger war jedoch die psychologische Wirkung der Hilfsgelder.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern profitierte Österreich zudem zweifach: Die am so genannten Counterpart-Mittel-Konto aus monetären Transfers und Warenlieferungen einlaufenden Gelder wurden Österreich zur Gänze geschenkt, während die meisten Staaten einen erheblichen Anteil daran zurückzahlen mussten. (Einem Gutachten des amerikanischen Kongresses zufolge wurde Österreich attestiert, dass es – wie Norwegen – den wohl höchsten Nutzen aus der Marshallplanhilfe zu ziehen vermocht hatte.)

Die erhaltenen Mittel wurden überwiegend in die Grundstoffindustrie und in die Energieversorgung investiert. Dies war eine politische Entscheidung mit weitreichenden Konsequenzen, denn es wurde damit der nachgelagerten Privatwirtschaft – darunter auch dem Fremdenverkehr – nachhaltig geholfen. So wurde das Fundament für das österreichische „Wirtschaftswunder“ gelegt. Unumgänglich dafür war freilich eine kluge und effiziente Wirtschafts- und Finanzpolitik, zu deren wesentlichen Bestandteilen auch die Sozialpartnerschaft zählte. Diese wirtschaftliche Aufschwungphase wurde auch durch die weltwirtschaftlichen Auswirkungen des Korea-Krieges in den Jahren 1950 bis 1953 zusätzlich unterstützt.

Wie immer nach langen und schweren Kriegen hatte es in Österreich einen riesigen Geldüberhang in Form einer rückgestauten Inflation gegeben. Das Besatzungsgeld der Alliierten hatte diesen Geldüberhang zusätzlich vergrößert und damit auch die Schwierigkeit, die so notwendige Stabilisierung zu erreichen, erhöht. Ein erster Schritt, die Geldordnung wiederherzustellen, war bereits mit dem Schillinggesetz von 1945 getan, dem 1947 das Währungsschutzgesetz folgte. 1948 trat Österreich dem Währungsfonds und damit dem System fester Wechselkurse bei. In der Folge halfen überdies fünf

Lohn- und Preisabkommen, über die hohe Inflation sowie über das Problem von zu großer Nachfrage bei zu geringem Angebot einigermaßen hinwegzukommen.

Diese Rekonstruktionsphase wurde schließlich mit dem Stabilisierungspaket 1953 – wenngleich mit einer kurzzeitigen Stabilisierungskrise und Rezession verbunden – erfolgreich zu Ende geführt. Die Amerikaner hatten zunächst den Wechselkurs vom Schilling zum Dollar mit 10:1 festgesetzt, später gab es dann einen dreigeteilten Kurs, und im Zuge der Stabilisierung wurde der schwächste Kurs mit 26:1 als Einheitskurs zur Unterstützung der österreichischen Exportwirtschaft festgelegt. Überdies enthielten die bei Exporten geleisteten Umsatzsteuerrückvergütungen ein nicht geringes Stützelement. Vor der Einführung der Mehrwertsteuer im Jahr 1973 betrug diese Rückerstattung etwa zwei Milliarden Schilling. Mit dem zehnjährigen Investitionsprogramm von 1953 wurde überdies durch ganz wesentliche öffentliche Investitionen in Bahn-, Post- und Straßenbau dem Ausbau der Infrastruktur Rechnung getragen.

Die Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik gründete aber auch ganz wesentlich auf der Weitsicht und Entschlossenheit einer Reihe von engagierten Politikern während der „heroischen Phase des Wiederaufbaus“ sowie auf der Wiedererlangung der vollen Souveränität Österreichs durch die Unterzeichnung des Staatsvertrages. Die Protagonisten waren in erster Linie Julius RAAB, Adolf SCHÄRF, Leopold FIGL, Oskar HELMER, Reinhard KAMITZ und Karl WALDBRUNNER. Der Stabilisierungskurs wird in der Literatur nach seinen Architekten überwiegend RAAB/KAMITZ-Kurs genannt; allerdings hätte die Bezeichnung KAMITZ/WALDBRUNNER-Kurs mindestens dieselbe Berechtigung, da sich Karl WALDBRUNNER in seiner Funktion als Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe von 1949 bis 1956 sowie als Minister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft in den Jahren von 1956 bis 1962 hohe Verdienste um den Ausbau der Infrastruktur erwarb. Die gut ausgebaute Infrastruktur war wiederum eine wichtige Voraussetzung für Geldwertstabilisierung und Vollbeschäftigung. So gesehen war es auch ein „KAMITZ/WALDBRUNNER-Kurs“, der ganz wesentlich zur wirtschaftlichen und finanziellen Konsolidierung Österreichs beitrug. Dies bestätigte Reinhard KAMITZ übrigens im Rahmen eines Mittagessens anlässlich seines 70. Geburtstages am 18. Juni 1977, bei dem auch Karl WALDBRUNNER zugegen war.

Ende der 1950er-, Anfang der 1960er-Jahre erfolgte auch ein politischer Generationenwechsel: Julius RAAB starb 1964, Adolf SCHÄRF und Leopold FIGL im Jahr darauf. Sie hinterließen politisch und wirtschaftlich stabile Verhältnisse, die ihrerseits zu steigendem Wohlstand und zunehmender Wohlfahrt bei gleichzeitig hoher Lebensqualität und einem hohen Standard an Sicherheit beitrugen. Dies zeigt, wie sehr Österreich das „Goldene Zeitalter“ der Nachkriegsjahrzehnte zu einem beachtenswerten Aufholprozess zu nutzen vermocht hatte.

So hatte sich Österreich zu einem der wohlhabendsten Länder Europas entwickelt. Als Indikatoren für den gewachsenen Reichtum der Bevölkerung sind die gestiegenen Zahlen an Telefonanschlüssen, Haushaltsgeräten wie Kühlschränken und Tiefkühltruhen sowie an zugelassenen Pkw und elektronischen Geräten schlagender Beweis. Ebenso sind die Verkürzung der Arbeitszeit sowie die Ausweitung der Urlaubszeit Ausdruck des gestiegenen Wohlstands in einer Gesellschaft.

Es war vor allem ein Ziel, das die unmittelbare Nachkriegszeit und die 1950er-Jahre dominierte – nämlich den Wiederaufbau zu schaffen. Allen war bewusst, dass

dies nur mit vereinten Kräften möglich sein würde, und daher bedurfte es auch eines stabilen politischen Fundaments. Dieses Fundament war die Große Koalition, in den Nachkriegsjahren angeführt von einem ÖVP-Kanzler. Die SPÖ war zwar bei den Nationalratswahlen 1953 und 1959 zur stimmenstärksten Partei geworden, doch aufgrund der Wahlarithmetik hatte beide Male die ÖVP gerade ein Mandat mehr als die SPÖ erlangt.

Mit einer neuen Generation von Politikern Anfang der 1960er-Jahre – Bruno PITTERMANN, Franz OLAH, Felix SLAVIK, Bruno KREISKY, Friedrich PETER, Franz WITHALM und Josef KLAUS, um nur die bedeutendsten zu nennen – begann auch eine neue Phase der politischen Interaktion: Einerseits waren die „unruhigen“ sechziger Jahre durch einen für damalige Verhältnisse enorm hohen Verschleiß an Politikern gekennzeichnet, andererseits begann in dieser Zeit auch eine insgesamt 17 Jahre dauernde Phase von Alleinregierungen, zunächst der ÖVP von 1966 bis 1970, der eine Phase der SPÖ-Alleinregierungen bis 1983 folgte.

Ein internationaler Wendepunkt war das Jahr 1968. Die 1968er-Bewegung, die vor allem eine Revolte der Jugend gegen das Establishment war, hat unsere Gesellschaft nachhaltig verändert. Sie ist seither demokratischer, weniger autoritär und weniger patriarchalisch. Mit „Basisdemokratie“, „Bildung für alle“ und „Frauenemanzipation“ seien nur wenige Schlagworte genannt, die diese Zeit charakterisieren. Vor allem die von dem gebürtigen Wiener Carl DJERASSI entwickelte Anti-Baby-Pille veränderte die Beziehungen zwischen den Geschlechtern nachhaltig. Das Lebensgefühl dieser Generation wurde durch die Flower-Power- und Hippie-Bewegung verkörpert.

Der „Prager Frühling“ im selben Jahr, dem ein eisiger „Prager Winter“ folgen sollte, war ein erster Vorbote des Zerfalls des sowjetischen Imperiums und des Endes der Bipolarität. Österreich zögert damals nicht, etwa 100.000 Flüchtlingen aus der Tschechoslowakei Asyl zu gewähren, ebenso wenig wie es 1956 gezögert hatte, 256.000 geflohene Ungarn aufzunehmen, obwohl Österreich in den fünfziger Jahren selbst bitterarm war. Auch nach der Verhängung des Kriegsrechtes in Polen 1980/81 hatte Österreich mehr als 150.000 geflüchteten Polen Asyl gewährt und zuletzt bei den kriegerischen Konflikten im ehemaligen Jugoslawien mehr als 100.000 Flüchtlinge aus Bosnien und dem Kosovo aufgenommen. Nicht unerwähnt soll auch bleiben, dass seit Beginn der siebziger Jahre fast 500.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten über Österreich als Transitland in die Freiheit gelangten.

Infolge der beiden Ölpreisschocks in den Jahren 1974 und 1979 kam es zu einer weltweiten wirtschaftlichen Klimaänderung. Österreich konnte den damit verbundenen Konjunkturerinbrüchen durch einen wirtschaftspolitischen Cocktail aus Hartwährungs-, Budget- und Einkommenspolitik, ergänzt durch Stabilisierungsabkommen zwischen Finanzministerium, Notenbank und Kreditapparat wirkungsvoll entgegensteuern. Je nach Sichtweise wurde dieser Kurs entweder als „Austro-Keynesianismus“ (Hans SEIDEL) oder als „Austro-Monetarismus“ (Gottfried HABERLER) bezeichnet. Eigentlich aber war es beides, ein für die damalige Zeit maßgeschneiderter Policy-Mix aus Keynesianismus und Monetarismus. Zur Konjunkturstützung wurde ein umfangreiches, kreditfinanziertes Investitionsprogramm des Bundes umgesetzt. Die Ausgaben dafür ließen das Nettodefizit des Bundes, das von 1967 bis 1972 noch Nulldefizite aufwies, auf bis zu 4,5% (1975 und 1976) anschwellen. Dieser expansiven Budgetpolitik folgte ein Kurs der Konsolidierung, mit dem das Nettodefizit des Bundes auf 2,5% des Brut-

toinlandsprodukts gesenkt wurde. Damit wurden die Maastricht-Kriterien gleichsam vorweggenommen. Die österreichischen Wachstumsraten lagen in den siebziger Jahren über dem europäischen Durchschnitt. Die Inflationsrate blieb trotz der Erdölteuerung auf einstelligem Niveau, die Arbeitslosenrate betrug im Jahresdurchschnitt zwei Prozent; die Höchstzahl an Arbeitslosen wurde im Mai 1978 mit 60.000 gemessen. Dem Ökonomen Hans SEIDEL zufolge hat die österreichische Wirtschaft „die turbulenten siebziger Jahre besser überstanden als die meisten anderen westeuropäischen Staaten“.

Österreich erlangte in den 1970er-Jahren Europareife und erfuhr einen Modernisierungsschub, der bis weit in die 1990er-Jahre fortwirkte. Es verwundert daher nicht, dass nicht nur die Zeit des Wiederaufbaus, sondern vor allem auch die „goldenen siebziger Jahre“ vielen Menschen positiv im Gedächtnis geblieben sind, wie eine vom Linzer Meinungsforschungsinstitut IMAS durchgeführte Umfrage zeigte. Dennoch hält sich die Mär von der Schuldenpolitik der 1970er-Jahre hartnäckig. Tatsache ist jedoch, dass die Bundesschuld Ende 1969 umgerechnet etwa 4,5 Mrd. Euro ausmachte, Ende 1980 rund 19 Mrd. Euro. Dieser Betrag ist längst zurückbezahlt und hat mit den danach angehäuften Schulden des Bundes nichts gemein. Der Schuldenstand des Bundes betrug per Ende 2007 148 Mrd. Euro, also das beinahe Zehnfache der 1970er-Jahre, wobei damals die Verbindlichkeiten von Bundeshochbau, Post und ÖBB noch im Bundesbudget enthalten waren. Rechnet man dem aktuellen Schuldenstand die Verbindlichkeiten der mittlerweile aus dem Budget ausgegliederten Unternehmen wie Asfinag, ÖBB oder BIG hinzu, dann erhöht sich der Schuldenstand sogar noch um weitere 25 Mrd. Euro.

Bis 1973 beruhte der wirtschaftliche Aufschwung der Nachkriegszeit nicht unwesentlich auf dem bis dahin billigen Erdöl. Mittlerweile hat sich dies grundlegend geändert. Vor allem auch aus Gründen des Klimaschutzes ist der zunehmende Gebrauch fossiler Brennstoffe zu einem Problem für die Menschheit geworden. Dieser drückt sich auch in einem übermäßigen „Footprint“ aus, der so nicht fortgeschrieben werden kann. Auch aus all diesen Gründen ist eine Änderung des Wirtschaftsmodells unumgänglich.

In Österreich stellten die 1980er- und 1990er-Jahre vor allem eine Zeit dringender notwendiger wirtschaftlicher Strukturanpassungen dar, vor allem im Bereich der verstaatlichten Industrie, aber auch im Bereich der Konzernbetriebe der *Creditanstalt*. Sie selbst war die „monetäre Visitenkarte“ Österreichs, ehe sie in der Bank Austria auf- und wenig später unterging.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und damit auch dem Ende des bipolaren Gleichgewichts des Schreckens sowie im Zuge der Globalisierung begann sich 1989 die geopolitische Lage der Welt erneut zu ändern, vor allem die Rückkehr Chinas und Indiens auf die politische und wirtschaftliche Weltbühne verschoben das geopolitische Machtgefüge.

Mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums waren für Österreich auch die realpolitischen Gründe weggefallen, die uns bis dahin an einer Vollmitgliedschaft an der Europäischen Union gehindert hatten. Gemeinsam mit Finnland und Schweden war Österreich am 1. Jänner 1995 schließlich Mitglied der EU geworden. In der Folge traten wir der Eurozone bei; seit 1. Jänner 2002 wurde der Euro auch bei uns – wie für mittlerweile 16 Staaten – zur gemeinsamen Währung.

In Österreich war die Politik seit dem Jahr 2000 vor allem durch einen missverstandenen Neoliberalismus und den Fetisch vom Nulldefizit geprägt. Letzteres wurde trotz

des Verschleuderns des Familiensilbers der Republik, des Ausräumens der Reserven der Notenbank und anderer Budgettricks nie erreicht. Der nie erreichte Fetisch Nulldefizit rief vielmehr zahllose Probleme hervor. Dies zeigt sich in den Versäumnissen auf dem Energiesektor und in einer unzureichenden Bildungs-, Wissenschafts-, Forschungs- und Universitätspolitik. Diese Bereiche wurden finanziell ausgehungert. Die Folgen zeigen sich in den immer schlechter werdenden Ergebnissen bei PISA-Studien und den verschiedenen Universitätsrankings. Unsere Bildungsausgaben sind von 6,1% des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 1995 auf 5,5% im Jahre 2005 zurückgegangen. Auch das Gesamtbudget unserer 21 Universitäten ist bei deutlich gestiegenen Studentenzahlen kaum höher als es 1999 war – und ist damit real sogar gesunken. Obwohl die öffentlichen Ausgaben für Forschung inzwischen gestiegen sind, liegen wir immer noch weit abgeschlagen hinter Schweden, Finnland oder der Schweiz zurück. Mit 1,2% des Bruttoinlandsprodukts gibt Österreich nicht einmal die Hälfte dessen aus, was die Schweiz für den tertiären Bereich bereitstellt.

Im Gegensatz zur Bildungsquote hat Österreich eine der höchsten Sozialquoten in der Welt. Zu dieser tragen das besonders frühe Pensionsantrittsalter mit durchschnittlich 57 Jahren sowie der im europäischen Vergleich weit über dem Durchschnitt liegende Anteil von Frührentnern und Invaliditätsrentnern bei, was vor allem der Schönung der Arbeitslosenstatistik dient. Darüber hinaus leistet sich Österreich eine besonders hohe Familienförderung, die, wie die geringe Geburtenrate zeigt, allerdings nicht den gewünschten Effekt hat.

Dazu kommen die Altlasten der letzten Jahre – Pflegemisere, Krankenkassendefizite sowie die massiven Probleme bei Post, Telekom und vor allem bei der AUA. Eine weit reichende Reform ist auch im Spitals- und Gesundheitswesen unerlässlich. Darüber hinaus müssen wir die Energieeffizienz in unserem Land verbessern und unsere Energiereserven, vor allem die Wasserkraft besser nutzen. Denn unsere Energiesicherheit hängt schon längst an einem seidenen Faden. Es wurde nicht nur verabsäumt, die Leitungsnetze auszubauen, sondern auch, neue Kraftwerke zu errichten. Das Nein bei der Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf im November 1978 war weniger eine Entscheidung gegen die Atomkraft als vielmehr eine gegen den damaligen Regierungschef, der seinen Verbleib mit dem Abstimmungsergebnis junktinierte hatte. Österreich hat seit dem negativen Ausgang des Referendums als einziges Land der Welt ein Kraftwerksmodell im Maßstab 1:1. Auch der angekündigte Rücktritt fand nicht statt.

Seither hat es in Österreich keine Energiepolitik mehr gegeben, die diesen Namen auch verdient. Österreich hat sich von einem Strom-Exporteur zu einem Strom-Importeur – darunter ein Viertel Atomstrom – entwickelt. Dazu kommt noch, dass die Wasserkraft als umweltfreundlichste Form der Energiegewinnung zu einem Drittel ungenutzt geblieben ist.

Im Gegensatz dazu sind wir überreguliert und überverwaltet. Daher ist auch eine grundlegende Bundesstaats- und Verwaltungsreform unumgänglich. Diese darf sich aber nicht in oberflächlicher Kosmetik erschöpfen, sondern muss bis an die Wurzeln gehen: Der Dschungel an Vorschriften muss durchforstet, der Wildwuchs an Bürokratisierung auf ein für den Bürger durchschaubares, kostensparendes Maß reduziert werden. Ebenso gilt es, die teure Zersplitterung in vielen Bereichen – die Überzahl an Krankenkassen,

Sozialversicherungsträgern und Stromerzeugern in den Bundesländern – abzuschaffen. Es ist nicht einzusehen, warum Österreich im Verhältnis zu Deutschland die doppelte Anzahl von Spitälern aufweist. Der Aufwand dafür ist zu hoch.

Ingesamt werden in Österreich allein 4,1% der jährlichen Wirtschaftsleistung für die Bürokratie aufgewendet. In Deutschland sind es nur 3,3%, in der Schweiz 1,6 und in Finnland und Schweden jeweils sogar nur 1,3% des Bruttoinlandprodukts. Dies trifft tendenziell selbst dann noch zu, wenn man in Betracht zieht, dass die Statistiken nicht eins zu eins vergleichbar sind. All diese Mittel könnten in Zukunftsaufgaben investiert werden. Ein solches Investitionspaket ist vor allem auch vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise und des massiven Einbruchs der Weltkonjunktur dringend notwendig, denn nur so kann die heimische Wirtschaft die Krise bestmöglich überstehen.

Eine weitere Notwendigkeit in diesem Zusammenhang ist die Senkung der steuerlichen Progression, die in Österreich erschreckend hoch ist. Sie setzt bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von rund 1.130 Euro mit 38,33% ein, was in anderen Ländern dem Höchststeuersatz entspricht, und endet bei einem Jahreseinkommen von 51.000 Euro mit einem Spitzensteuersatz von 50%. Auch die im Regierungsprogramm vorgesehene Steuersenkung (Reduktion des Einstiegssteuersatzes auf 36,5% und Anheben der Höchstprogression auf ein Jahreseinkommen ab 60.000 Euro) weist Österreich unverändert als Hochsteuerland aus, was wohl schwerlich als leistungsmotivierend angesehen werden kann.

Die Finanzkrise führte uns nicht zuletzt vor Augen, wie wichtig die EU als Sicherheits- und Schutz Einrichtung für die einzelnen, vor allem die kleinen Mitgliedsländer ist. Daher brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Europa. Wie wichtig Österreichs Mitgliedschaft in der EU sowie die Teilnahme an der Gemeinschaftswährung ist, beweisen die jüngsten schweren Turbulenzen auf den Weltfinanzmärkten. Dies zeigt anschaulich das Beispiel Island. Auch die Währungen Dänemarks und Schwedens, die der Eurozone nicht beigetreten sind, befinden sich in Schwierigkeiten und bedürfen umfangreicher Unterstützung durch die Europäische Zentralbank. Deren engagierte Politik konnte letztlich verhindern, dass Ungarn in den Staatsbankrott schlitterte. Dies hätte zahlreiche negative Auswirkungen – auch auf Österreich – nach sich gezogen.

Der Einsturz des internationalen Finanzsystems nach dem Tsunami der weltweiten Finanzmarktkrise konnte im letzten Moment verhindert werden. Dennoch hätten die einzelnen Rettungsmaßnahmen stärker akkordiert und schneller umgesetzt werden müssen, nicht zuletzt um die Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft abzumildern.

Mittlerweile befinden sich nicht nur die USA, sondern der gesamte Erdball in der Rezession – mit einem drohenden Übergang in die Depression bzw. Deflation. Doch wie schwer der Einbruch der Weltwirtschaft tatsächlich ausfällt und wie lange diese Tendenz anhält, wird ganz wesentlich davon abhängen, wie schnell die weltweit eingeleiteten Konjunkturprogramme greifen. Gerade die jüngste Krise beweist, dass wir nicht auf europäischer Ebene, sondern auch international mehr Zusammenarbeit benötigen. Die Schaffung eines Regelwerkes für das internationale Finanz- und Währungswesen sowie die Überwachung von dessen Einhaltung ist längst überfällig. Von selbst nämlich wird die Welt nicht besser, wie der Historiker Eric HOBBSAWM meint.

Die Ordnung der Weltwirtschaft samt einer soliden Finanzarchitektur ist angesichts der Globalisierung keine nationalstaatliche und noch weniger eine parteipolitische Angelegenheit; die Krise hat bekanntlich kein Parteibuch und keine Nationalität. Eine globale Krise erfordert ein globales Vorgehen, wozu jedes einzelne Land einen ausgewogenen Beitrag leisten muss. Es war nicht zuletzt das Fehlen eines entsprechenden Regelsystems auf dem internationalen Finanzsektor, das neben dem quasi-religiösen Glauben an den Neoliberalismus die Entstehung jenes raubtierkapitalistischen Wettcasinos, das letztendlich zur Entkoppelung von Finanzwirtschaft und Realwirtschaft führte, gefördert hatte. Bereits nach dem Platzen der dot-com-Blase zur Jahrtausendwende, den zahlreichen spektakulären Firmenskandalen in den USA sowie den Anschlägen vom 11. September 2001 hat sich die Welt auf eine lange Rezession eingestellt. Die Kehrtwende kam mit dem Einmarsch der USA in den Irak im März 2003: Die Börsenkurse legten auf breiter Front zu. Wie so oft auf den Finanzmärkten, zählten kaum noch Fakten, sondern lediglich die Erwartung zukünftiger Profite. Im Falle des Irakkriegs bedeutete dies, dass der Krieg ein Teil der Lösung war; ein erster Schritt, die geopolitische Lage aus amerikanischer Sicht wieder „in den Griff“ zu bekommen.

Diese Aussichten beflügelten die Börse und ebneten den Boden für Spekulationen im großen Stil und das Geschäft mit den Subprime-Krediten, die als so genannte „Housing-Crisis“ den Ausgangspunkt der jetzigen Weltfinanzkrise bilden: Im Wahlkampfjahr 2004 hatte George W. BUSH das Thema Hauseigentum ideologisiert: Jeder Amerikaner sollte sein Eigenheim haben. So wurden nicht nur Hypothekarkredite bis zu 100% des Kaufpreises gewährt, sondern darüber hinaus auf die spekulative Wertsteigerung der Häuser auch noch Hypothekarkredite, so genannte „Home Equity Loans“, vergeben. Im Übrigen wurden zunächst geringe Zinsen vereinbart, die allerdings in späterer Folge angehoben wurden. Solange die Hauspreise in den USA tatsächlich enorme Steigerungsraten aufwiesen, ging dies auch gut. Auf diese Weise unterstützte man in den USA mit einer Politik des „billigen Geldes“ in riesigen Mengen eine Immobilieninflation. Dazu kam, dass der amerikanische Bürger – ebenso wie die Regierung, die damit vor allem unnötige Kriege finanzierte – auf Pump lebte.

2006 jedoch drehte sich dieser Trend. Damit begann das Kartenhaus dieser „Ponzi-Pyramide“ in sich zusammenzufallen und löste die derzeitige Weltfinanzkrise aus. Grund dafür ist die zunehmende Verflechtung der internationalen Finanzmärkte, vor allem aber auch das Entstehen komplex strukturierter, neuer Finanzprodukte. Dabei wurden die Risiken in neue Finanzprodukte zerstückelt, wieder zusammengesetzt, gehandelt, „gehedgt“ und versichert (Ronald BARAZON). Die Bewertungen der Rating-Agenturen, die die realen Risiken schon längst nicht mehr erfassten, taten das ihre: So kam es zu einer einfachen Übertragung des Kreditrisikos vom so genannten Originator an verschiedene Investoren quer über den Erdball.

Die handelnden Personen, Manager ebenso wie Börsenspekulanten, waren von Arroganz, Hybris und Gier getrieben und legten dabei eine ungeheure Sorglosigkeit und Maßlosigkeit an den Tag. Nun stehen sie vor dem Scherbenhaufen und rufen nach dem Staat, dem sie bis dahin jede wirtschaftliche Kompetenz abgesprochen hatten und dem sie lediglich die Rolle eines „Nachtwächterstaates“ zugestanden wissen wollten. Der Wiener Historiker Hubert Christian EHALT zeigte in einer Ö1-Sendung im Oktober 2008 anhand der Geschichte der sieben Todsünden die Geschichte des gesellschaftlichen Normenwandels auf und wies darauf hin, dass wir nicht „Mario-

netten historischer Strukturen“ sind, sondern dass es uns selbst obliegt, die Normen und Regeln des Zusammenlebens zu gestalten. Hierin vor allem liegen die Chancen, das alte Schwarz-Weiß-Denken manichäischer Tradition zwischen den einzelnen ökonomischen Denkschulen zu überwinden. Es muss ein neuer, pragmatischer Zugang gefunden werden, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, um eine sich noch weiter vertiefende Rezession mit den fatalen Folgen einer Deflation zu vermeiden. Das Jahr 2009 ist in wirtschaftlicher Hinsicht bereits verloren. Nun gilt es zu verhindern, dass aus der Krise von 2008 ganze zehn verlorene Jahre werden, wie es etwa in Japan in den neunziger Jahren der Fall war.

Das Beispiel Schweden wiederum veranschaulicht lehrbuchhaft, wie man eine solche Krise bewältigen kann. Schweden war Anfang der 1990er-Jahre in eine Bankenkrise geschlittert, deren Ursache denen der heutigen Krise ähnelte: Billiges Geld und eine gelockerte Regulierung animierten zu Immobilien-Spekulationen, die die Banken in ihrer Existenz bedrohten. Der schwedische Staat schnürte daraufhin ein Bankenrettungspaket. Die Rekapitalisierung der Banken kostete rund sieben Milliarden Euro, das waren vier Prozent der damaligen Wirtschaftsleistung von Schweden. 1997 hatten sich die Werte der Banken wieder erholt, womit sich die Kosten auf zwei Prozent reduziert hatten. Der ehemalige schwedische Ministerpräsident Bo LUNDGREN, der als Manager dieser Bankenkrise fungierte, wies in einem Interview (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.10.2008) darauf hin, dass es letztlich sogar einen kleinen Gewinn für den Staat gegeben habe. Nicht zuletzt aufgrund der Art und Weise, in der diese Krise überwunden wurde, verfügt Schweden heute über ein effizientes und widerstandsfähiges Bankensystem.

Ein Dreivierteljahrhundert nach dem New Deal von Franklin D. ROOSEVELT braucht es in Europa, vor allem aber auch in Österreich einen „Great Deal“, also eine konzertierte Aktion aller politischen und wirtschaftlichen Kräfte zur Überwindung der Krise. Damit ist die Chance verbunden, unser Land zu einem modernen Wirtschafts- und Wissensstandort, der den Herausforderungen des 21. Jh. gewachsen ist, hinzuentwickeln.

Der Staat, der in den letzten 30 Jahren zum „dummen August“ gemacht worden war, könne dank der Krise nun aus seinem Versteck kommen, wie der deutsche Philosoph Peter SLOTERDIJK kürzlich in einem Interview gemeint hatte: „Der Staat hat unter dem Druck der Ideologien seine Funktion als Hüter des Gemeinwohls vergessen. Er stellte sich ohnmächtig und verlor seine effektive Definition aus dem Auge. Unseligerweise missversteht man den Sozialismus seit Langem bloß als Parteiprogramm oder als soziale Bewegung, in Wahrheit ist der moderne Staat per se funktional sozialistisch oder besser semisozialistisch, so wie die moderne Gesellschaft per se kapitalistisch funktioniert“ (Neue Zürcher Zeitung, 29.11.2008).

Damit gewinnt auch die keynesianische Wirtschaftstheorie wieder an Bedeutung. Damit soll nicht einem vereinfachten „Vulgär-Keynesianismus“ das Wort geredet werden, sondern vielmehr ist eine intelligente Interpretation seiner Theorie auf die Erfordernisse unserer Zeit in Form eines sinnvollen Policy-Mix, bestehend aus den verschiedensten wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumentarien, vonnöten.

Einen wichtigen Wegweiser dafür kann der Mitte November 2008 im Zuge des G 20-Gipfels in Washington verabschiedete Aktionsplan darstellen: Hierin verpflichten sich die G 20-Finanzminister zum raschen Handeln in Form eines umfangreichen Maßnahmenpakets, um die Finanzmärkte zu stabilisieren und die Wirtschaft global

anzukurbeln. Geschehen soll dies mittels fiskal- und geldpolitischer Maßnahmen, um die Nachfrage zu stärken, einer gezielten Unterstützung von „emerging markets“, der Forcierung des Freihandels, der Kontrolle der Finanzgebahrung der weltweit wichtigsten Banken sowie der Etablierung neuer Standards für die Bewertung durch Rating-Agenturen, für das Rechnungswesen, für die Bezahlungsmodalitäten für Top-Manager sowie für Regelungen in Konkursfällen. Aus all dem könnte sich ein wichtiger Ansatz für ein neues Selbstverständnis der globalen Marktwirtschaft entwickeln.

Die Finanzmarktkrise hat uns vor allem auch gezeigt, dass wir nicht weniger, sondern mehr Europa und nicht weniger, sondern mehr Globalisierung brauchen. Nur auf dem Weg der internationalen Zusammenarbeit können wir die drängendsten Probleme der Menschheit wie Hunger, die Knappheit von Trinkwasser und anderer natürlicher Ressourcen, den durch Treibhausgase beschleunigten Klimawandel, die Gefahr neuer Seuchen und Pandemien, aber auch den internationalen Terrorismus und die organisierte Kriminalität wirkungsvoll bekämpfen. Aus gutem Grund hat Kofi ANNAN seinen Millenniumsbericht unter dem Titel „We the peoples“ veröffentlicht. Angesichts der weiter zunehmenden Bevölkerung – diese wird bis 2025 um weitere 1,2 Mrd. Menschen anschwellen – und des erfreulicherweise weiter ansteigenden Lebensalters wird es nur mit vereinten Kräften möglich sein, das 21. Jh. zu einem global lebenswerten Zeitalter zu machen.

Dabei muss man vermehrt auf die Entwicklung neuer Technologien und Innovationen setzen. Hierin liegt vor allem die große Chance Österreichs zur Fortsetzung seines erfolgreichen Weges: Österreich mit seinem 0,12%-Anteil an der Weltbevölkerung erwirtschaftet ein halbes Prozent des weltweiten Sozialprodukts. Am Welthandel partizipiert es mit einem Prozent, und im Tourismus nimmt Österreich weltweit den 9. Platz ein. Um an der Weltspitze zu bleiben, um unseren Wohlstand ebenso wie unser bewährtes System sozialer Sicherheit erhalten zu können, wird es jedoch nötig sein, strukturelle Versäumnisse zu beseitigen und die Zukunft zu unserem Programm zu machen. Österreich muss endlich verstärkt auf Bildung, Wissenschaft und Forschung setzen und das Qualifikationsniveau und die Innovationsdynamik erhöhen. Henry FORD hat einmal gemeint, der Wohlstand eines Landes beginne in den Klassenzimmern. Dem muss man hinzufügen: Spitzenqualifikationen und Innovationen an Universitäten und Forschungsstätten sind heute dafür ebenso unerlässlich.

Dr. Hannes ANDROSCH, ehemaliger Finanzminister, Vizekanzler und CA-Generaldirektor, ist heute als Industrieller tätig und vielfältig wissenschafts-, wirtschafts- und gesellschaftspolitisch engagiert. Er hat unter anderem eine gemeinnützige Stiftung bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften eingerichtet und ist Vorsitzender des Universitätsrates der Montanuniversität Leoben (www.androsch.com).

Zuletzt erschienene Bücher:

(2007), *Wirtschaft und Gesellschaft. Österreich seit 1945*. 2. u. erw. Aufl. Wien – Innsbruck – Bozen, Studienverlag.

(2007), *Afloat on a Turbulent Ocean. A Reflective View of Austria in the 20th Century*. Wien – Innsbruck, Studienverlag.

(2008), *Im Wendekreis der Weltwirtschaft*. Wien, Echomedia.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft](#)

Jahr/Year: 2008

Band/Volume: [150](#)

Autor(en)/Author(s): Androsch Hannes

Artikel/Article: [Österreich. Erfolgsstory Österreich - Fortschreibung ins 21. Jahrhundert 21-32](#)